

# Unangenehm bleiben

**Hedva Isachar**

Ein Überblick über die Geschichte des politischen Protests in Israel aus der Perspektive der außerparlamentarischen Bewegungen

## Hintergrund

Ein Überblick über die Geschichte des gesellschaftlichen und politischen Protests in Israel aus der Perspektive der Bewegungen und Organisationen, die daraus hervorgingen, erfordert zunächst einen kurzen Blick auf die Grundlagen der politischen Infrastruktur und Kultur Israels seit der Staatsgründung im Jahr 1948.

Bis zur politischen Wende im Jahr 1977, in der eine Likud-geführte rechte Regierung an die Macht kam und die Parteien der Arbeiterbewegung – geführt vom Ma'arach – ablöste, regierte im Land eine aus Osteuropa stammende aschkenasische Elite, die die Politik, die Industrie, den Arbeitsmarkt, die Landwirtschaft und das Gesundheitswesen fest in ihrem Griff hatte. Bis 1977 wurde die junge israelische Demokratie von der Vorherrschaft einer Partei (Mapai, und später Ma'arach), die einen säkular-jüdischen, zionistischen und sozialdemokratischen Charakter hatte, geprägt. Um allgemeine Zustimmung unter den in Israel und in der Diaspora lebenden Jüdinnen und Juden für die politische zionistische Vision zu finden, wurden Staat

und Religion nicht getrennt und die Rechte der bzw. des Einzelnen dem unterstellt, was als vorteilhaft für das im Land sich formende zionistische Kollektiv gesehen wurde. Von Anfang an, in der Konstituierenden Versammlung der Knesset, wurde beschlossen, dem neuen Staat keine Verfassung zu geben, sondern sich auf eine Reihe von grundlegenden Gesetzen, die nach und nach verabschiedet werden können, zu stützen. Das Rückkehrgesetz, das die Knesset 1950 verabschiedete, gewährt Jüdinnen und Juden, die aus der Diaspora nach Israel einwandern, sofortige Staatsbürgerschaft (und sie werden als olim chadaschim – wörtlich: neue Aufsteiger – bezeichnet, weil die Einwanderung nach Israel als Aufstieg gesehen wird) und sichert eine jüdische Mehrheit im Land, da den palästinensischen Flüchtlingen kein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat gewährt wird. Bis heute besitzen die von der britischen Mandatsregierung im Jahre 1945 erlassenen „Verteidigungs-(Ausnahmestands-)Verordnungen“ Gültigkeit. Diese Verordnungen setzen das Rechtssystem außer Kraft und geben der Regierung unkontrollierte Macht, legalen zivilen Widerstand gegen Maßnahmen, die die Regierung

vorantreiben will, auszuschalten. Die Frage der „nationalen Sicherheit“ spielt eine wichtige Rolle in der Konstruktion des zionistischen Kollektivs als eine „sich verteidigende Demokratie“, die von außen von Feinden umgeben ist und stets auch durch „innere Feinde“ bedroht wird, womit vor allem die palästinensischen Staatsbürger\*innen Israels, die bis 1966 der Militärregierung unterstellt blieben, gemeint sind. Der Staat Israel ist der Staat aller Jüdinnen und Juden weltweit, nicht aber der Staat aller seiner Bürger\*innen. Dies ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einer liberalen, offenen und auf Gleichberechtigung beruhenden Demokratie.

Der Ethos der Eigenstaatlichkeit, ein spezieller israelischer Begriff (Mamlachtijut), der in den ersten Jahren intensiv gefördert wurde und dessen prominentester Befürworter der erste Premierminister Israels, David Ben-Gurion, war, verdient besondere Aufmerksamkeit. Unter Eigenstaatlichkeit versteht man/frau im israelischen Diskurs, dass Juden und Jüdinnen einen eigenen Staat benötigen und dass diesem Staat alles andere, etwa allgemeine Bürgerrechte untergeordnet werden müssen. In seinem Namen wurden zentrale nicht staatliche, oft parteigebundene Organisationen aus der Zeit des britischen Mandats aufgelöst, wie zum Beispiel der mit der Arbeiterbewegung identifizierte Palmach<sup>1</sup> sowie die mit der nationalen Rechten identifizierten paramilitärischen Organisationen Etzel/Irgun<sup>2</sup> und Lechi<sup>3</sup>. Im Schmelztiegel der zionistischen Eigenstaatlichkeit mussten sich Veteranen aschkenasischer Herkunft, Holocaust-Überlebende, aus arabischen und muslimischen Ländern stammende Jüdinnen und Juden (Mizrachim/Mizrachijot) sowie traditionelle, nationalreligiöse und ultraorthodoxe Jüdinnen und Juden wohl oder übel integrieren.

Doch der Schmelztiegel wurde bald zum Dampfkessel, in dem religiöse, ethnische, nationale und soziale Unterschiede und Auseinandersetzungen in der israelischen Gesellschaft unter Verschluss gehalten wurden. Dem entspringen auch mit rassistisch-nationalistischer Propaganda geladene Existenzängste, die sich am „ethnischen Dämon“ (gemeint ist der Protest der Mizrachim/Mizrachijot, die aus arabischen und muslimischen Ländern stammen und gegen ihre Benachteiligung kämpfen) oder am „demografischen“ (Was passiert, wenn eine ultraorthodoxe Mehrheit den Charakter des Staates bestimmt? Oder was passiert, wenn die Anzahl der Palästinenser\*innen die der Jüdinnen und Juden erreicht?) festmachen. Diese Gespaltenheit und Polarisierung, die das Leben in Israel charakterisieren, und insbesondere der israelisch-palästinensische Konflikt haben das Bewusstsein und die Handlungsmuster der kritischen Linken stets geprägt.

Ein weiteres Konzept, das ich in seinem spezifisch israelischen Kontext erklären möchte, ist das des Konsenses. Im Allgemeinen hat der Konsens vonseiten der Regierung das Ziel, politische Zustimmung in Fragen der Politik, Sicherheit und Wirtschaft zu erlangen und eine ihr fügsame öffentliche Meinung zu schaffen. Wichtige Prüfsteine des Konsenses sind Krisenzeiten, in denen nationaler Gehorsam nicht selbstverständlich ist. In Israel muss „Konsens“ auch in Verbindung mit der Sicherheitspolitik und dem israelisch-palästinensischen Konflikt gesehen werden. So

bildete sich eine konsensgetragene Erwartung, dass Israels Politik in Bezug auf den Konflikt, die fortgesetzte Besetzung der palästinensischen Gebiete oder der zunehmenden Militarisierung des zivilen Lebens als selbstverständlich hinzunehmen sind. Je stärker die Manifestationen zivilen Ungehorsams gegenüber dieser Erwartung im Laufe der Zeit wurden, desto mehr wurde der „Konsens“ zum Maßstab des Patriotismus der Staatsbürger\*innen und der politischen Bewegungen. Linke, außerparlamentarische Bewegungen, die gegen die Besetzung sind, und insbesondere solche, die sich für eine jüdisch-palästinensische Koexistenz einsetzen, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen engagieren, die sich dem Einsatz militärischer Gewalt als generelle Alternative zu politischen Schritten widersetzen und die gegen die „Mauer des Konsenses“ und seine lautstarken Vertreter\*innen in der Politik, den Medien und den sozialen Netzwerken ankämpfen, scheitern im Allgemeinen daran, dass sie weithin als unpatriotisch gesehen werden.

Im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung bis in die frühen 1960er Jahre unter der Herrschaft einer Partei, die als mitte-links gesehen wurde, und angesichts der Dominanz des Ethos der Eigenstaatlichkeit, der den Charakter des jungen Staates prägte, erhoben sich die ersten Stimmen des Protests lediglich vonseiten einzelner Personen und zahlenmäßig kleiner Gruppen. Um einige Beispiele zu nennen: Die Liga gegen religiösen Zwang wurde gegründet, um für die Trennung von Staat und Religion zu kämpfen; Shurat HaMitnadvim (Die Reihe der Volontäre) wurde innerhalb der Arbeiterbewegung gegründet, um gegen Regierungskorruption zu kämpfen; Kanaaniter Gruppen (benannt nach dem Namen der Bewohner\*innen des Landes in der Antike), die bereits vor 1948 gegründet wurden, verfochten weiterhin ihre Vorstellung von einem jüdischen, nicht zionistischen, hebräischsprachigen Staat mit mittelöstlichem Charakter; die palästinensisch-arabische Bewegung al-Ard (Der Boden), die gegen den jüdischen Staat war, kämpfte für die Abschaffung der Militärregierung und für die Meinungsfreiheit der mundtot gemachten arabisch-palästinensischen Minderheit. Al-Ard wurde aufgrund der „Verteidigungs-(Notstands-)Verordnungen“ der britischen Mandatsregierung verboten (und ebenso 2015 die nördliche Fraktion der Islamischen Bewegung, die beschuldigt wurde, gesetzwidrig zu sein). Und im Sommer 1959 erhob sich zum ersten Mal laut und klar die Stimme des Protests gegen die Benachteiligung und Diskriminierung der jüdischen Einwander\*innen aus arabischen und muslimischen Ländern. Dies geschah in Wadi Salib, einem Viertel im Zentrum von Haifa (ein ursprünglich arabisches Viertel, das in den 1950er Jahren mit jüdischen Einwander\*innen aus arabischen Ländern besiedelt wurde).

Die erste bedeutende Organisation, die den Zionismus als ein koloniales Projekt (das sich später in der Siedlungspolitik in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten fortsetzte) sah, wurde im Jahr 1962 gegründet. Es handelte sich dabei um die Israelische Sozialistische Organisation, auch als Matzpen (Kompass) bekannt,<sup>4</sup> die mit ihrem Namen auf das Gerät anspielt, das einem/r bekanntlich hilft, die richtige Richtung in unbekanntem Gelände zu finden. Fügt man/frau im Hebräischen einen Buchstaben hinzu,

wird aus Matzpen „matzpun“ (Gewissen), jenes Bewusstsein, das uns moralisch einen Weg weist. Die Bewegung wurde von Dissident\*innen der Kommunistischen Partei gegründet, und ihre Mitglieder waren die ersten, die sich in Europa mit Mitgliedern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)<sup>5</sup> trafen, trotz des vom Staat verhängten Verbots solcher Treffen. Matzpen hatte nie mehr als ein paar Dutzend Mitglieder, gab aber dennoch der radikalen Linken in Israel ihre Prinzipien vor: die Notwendigkeit, antikapitalistisch und antiimperialistisch zu sein sowie nicht zionistisch und antimilitaristisch. Das ist radikale Linke im Sinne des Strebens nach grundlegendem Systemwandel (von den Wurzeln her), aber nicht in dem Sinne von gefährlichem Extremismus, wie die Rechte zu propagieren versucht.

Es scheint mir wichtig, hier auch die einzelnen Menschen zu erwähnen, die versuchten, der politischen Ordnung entgegenzutreten, und die sich von der Macht, die das vereinte konsensgetragene zionistische Kollektiv gegen politisch Aufständische einsetzte, nicht beeindruckt ließen. Uri Davis zum Beispiel: Der in Jerusalem (1943) Geborene widersetzte sich im Jahr 1964 den Anordnungen der Militärregierung aus Protest gegen die Enteignung von Land in arabischen Dörfern in Galiläa zum Bau der Stadt Karmiel. Er war der einzige jüdische Bürger, der zu einer Haftstrafe (8 Monate) verurteilt wurde, für einen Verstoß gegen die Verordnungen der Militärregierung, der die arabischen Ortschaften innerhalb Israels von 1948 bis 1966 unterstellt waren. Oder Udi Adiv, der im Jahr 1946 geboren wurde und in dem zur zionistisch-sozialistischen Linken gehörenden Kibbuz Gan Schmu'el aufwuchs. Adiv gehörte zu einer maoistischen Fraktion, die Matzpen verließ und den Revolutionären Kommunistischen Bund (Ma'avak, hebräisch für: Kampf) gründete. Anfang 1973 wurde er zusammen mit seinen Genossen im Bund wegen Kontaktaufnahme zu einem syrischen Agenten angeklagt, der Spionage für schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Er wurde im Jahr 1985 im Rahmen des Dschibril Gefangenenaustauschs (von israelischen Gefangenen im Libanon und palästinensischen Gefangenen und Häftlingen in Israel) nach zwölf Jahren aus der Haft entlassen. Den Weg des Überschreitens roter Linien aus ideologischen Gründen wählten auch einige Mitglieder der Organisation Derekh HaNitzotz (Der Weg des Funkens), die im Jahr 1977 von ehemaligen Matzpen-Mitgliedern gegründet worden war. Im Jahr 1984 nahmen einige von ihnen Kontakt zu einer prosovjatischen palästinensischen Gruppe, der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), auf. Sie wurden später verhaftet, angeklagt und wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verurteilt.

Ich möchte diese kurze Liste mit einer Ein-Mann-Friedensbewegung abschließen, nämlich Abie Nathan, der im Februar 1966 mit seinem Privatflugzeug nach Ägypten flog, um dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el-Nasser eine Friedenspetition zu übergeben. Seit den 1970er bis Anfang der 1990er Jahre betrieb er den Piratensender „Voice of Peace“ (Stimme des Friedens) von seinem Schiff aus, das vor der Küste von Tel Aviv vor Anker lag. Da er nicht zur radikalen Linken gehörte und aufgrund seiner einnehmenden Persönlichkeit und seiner besonderen

Stellung unter den Tel Aviver Bohemiens ein bestimmtes Ansehen genoss, bekam er den Spitznamen „Don Quixote“ und wurde nicht als „Verräter“ beschimpft.

## **Die prägenden Jahre für die außerparlamentarische Linke**

Der Krieg von 1967 war ein dramatisches Ereignis in der Geschichte Israels und ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der außerparlamentarischen linken Bewegungen (sowie auch der Geschichte der Rechten und des nationalistischen Messianismus), insbesondere aufgrund der verheerenden Folgen des blitzartigen Sieges: die Besetzung der palästinensischen Gebiete, in der weite Teile der jüdischen Bevölkerung eine Art Wunder der Befreiung des Vaterlandes und eine faktische Rückgabe Jerusalems an seine natürlichen Eigentümer\*innen sahen.

Bereits im Oktober 1967, auf dem Höhepunkt der Sieges euphorie, erschien ein Buch unter dem Titel „Soldatengespräch: Kapitel des Zuhörens und Betrachtens“,<sup>6</sup> in dem Mitglieder von linken Kibbuzim von ihren Kriegserfahrungen berichten. Die von dem Buch ausgelöste Debatte beschäftigte sich mit den Soldaten, die im Krieg gekämpft hatten, und ihren verletzten Gefühlen, nicht aber mit den Grauen des Krieges, wie zum Beispiel der Zerstörung palästinensischer Dörfer und die Vertreibung ihrer Bewohner\*innen.<sup>7</sup> Aus diesem Grund wurde wahrscheinlich das in den Texten beschriebene In-sich-Gehen und der Versuch, das Gewissen zu beruhigen, als „[erst] schießen sie, und [dann] weinen sie“ charakterisiert. Die offensichtliche Schlussfolgerung aus den Soldatengesprächen, zu der diese Soldaten 1967 nicht gekommen sind, wurde von den Militärdienstverweigerern in den Jahrgängen während des ersten Libanonkriegs (der 1982 begann) gezogen und in die Tat umgesetzt und danach von denen, die den Armeedienst in den besetzten Gebieten verweigerten. Sie verwendeten dabei unter anderem die Parole „[Wir] schießen nicht – [wir] weinen nicht.“

Die zionistische Linke stellte keine wirksame ideologische Opposition dar, da auch sie in der Euphorie des militärischen Sieges und der Rückkehr zur Klagemauer schwelgte. Der Ausbruch von Freude und Erleichterung ist angesichts der gespannten Situation in den Monaten vor dem Krieg, in denen Israelis mit der unerträglichen Möglichkeit einer zu ihrem Untergang führenden Niederlage konfrontiert waren, verständlich. Die Nachrichtenquellen waren beschränkt: Das staatliche Radio war das Sprachrohr der Regierung und die Presse unterlag strenger Zensur. Berichte, in denen die Stärke der ägyptischen Armee demonstriert wurde und die von den Fernsehanstalten der anderen Länder gesendet wurden (einen staatlichen Fernsehsender gibt es in Israel erst seit Mai 1968), intensivierte nur das Gefühl der existenziellen Bedrohung, das in das kollektive Bewusstsein des jüdischen Volkes eingesunken ist. Angesichts der fehlenden Tradition zivilgesellschaftlichen Engagements und der Abwesenheit einer wirksamen politisch-ideologischen Opposition erschienen die Stimmen des Protests gegen die Besetzung unmittelbar nach dem Krieg wie einsame Rufe in der moralischen

Wüste. Die deutlichste Stimme war die von Yeshayahu Leibowitz, Philosoph und Naturwissenschaftler, ein religiöser Jude, der die Trennung von Staat und Religion befürwortete. Leibowitz rief bereits am Ende des Kriegs zu einem Rückzug aus den besetzten Gebieten auf und warnte vor der Gefahr der korrumpierenden Folgen der Besatzung. Er war ein „Prophet des Untergangs“, eine antimilitaristische Ein-Mann-Bewegung mit vielen Anhänger\*innen und noch mehr Gegner\*innen.

In der kurzen Zeit zwischen dem Krieg von 1967 und dem von 1973 erreichten die Auswirkungen der Neuen Linken in Europa, die zweite Welle des Feminismus, die Echos der weltweiten Studentenproteste, der Schwarzen Panther in den USA, der Bewegung gegen den Vietnamkrieg und der Kämpfe um Bürgerrechte in den USA auch Israel. Das war die Zeit der israelischen Schwarzen Panther aus dem Jerusalemer Viertel Musrara, deren Protestaktionen die Not sowie die soziale und kulturelle Benachteiligung der aus arabischen und muslimischen Ländern stammenden Einwander\*innen in Israel als zentrales Thema auf die öffentliche Tagesordnung setzten. Die Mitglieder von Matzpen und einer studentischen Protestbewegung, die sich Si'ah nannte (wörtlich: Gespräch, Akronym aus: Neue Israelische Linke), standen ihnen zur Seite. Später wurden einige der Panther-Führer in die Parteipolitik integriert. Zeitgleich mit den sozialen Protesten erhob sich auch politischer Protest, dessen jüngste Vertreter\*innen Gymnasiast\*innen waren, die vor der Einberufung zum Militärdienst standen.

Im April 1970 unterzeichneten 70 Schüler\*innen der 12. Klasse, zumeist aus Jerusalem, den ersten „Brief der Abiturienten“. In ihrem Schreiben kritisieren sie die fehlende Friedensbereitschaft der Regierung, erklären aber nicht ihre Absicht, den Militärdienst zu verweigern. Das geschah erst in den folgenden Abiturienten-Briefen ab 1979: Die Unterzeichner\*innen erklärten ihre Weigerung, in der Besatzungsarmee zu dienen. Einige von ihnen wurden nach ihrem Einzug in die Armee zu Haftstrafen verurteilt. Die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen war damals – und ist bis heute – ein wichtiger Teil der radikal linken Tradition, nicht aber der der Allgemeinheit.

Im liberalem Geist, der diesen kurzen Zeitraum prägte, wurde im Jahr 1972 die Organisation ACRI (Vereinigung für Bürgerrechte in Israel) gegründet,<sup>8</sup> die sich auf die UN-Menschenrechtscharta (1948) und die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel beruft.

Die Wahlen zur 8. Knesset sollten im Oktober 1973 stattfinden (wurden aber wegen des Krieges auf Dezember verschoben). Vor den Wahlen kam es zu großen Veränderungen innerhalb der außerparlamentarischen Linken. Ein Teil von ihr beschloss, sich an der parlamentarischen Politik zu beteiligen. Eine Bewegung, der dies gelang, war Ratz. Ratz wurde von Shulamit Aloni gegründet, einer Juristin und populären Radiojournalistin, die in ihren Beiträgen und Veröffentlichungen Bürgerrechte, Frauenrechte und den Kampf gegen religiösen Zwang in den Mittelpunkt stellte. Aloni gründete Ratz, nachdem sie von ihrer Partei Mapai auf einen aussichtslosen Wahllistenplatz gesetzt worden war. Entgegen aller Voraussagen gewann Ratz drei Sitze in der Knesset, von denen einer Marcia Freedman

versprochen war, die im Jahr 1967 aus den USA nach Israel ausgewandert und eine der Pionier\*innen der zweiten Welle des Feminismus in Israel war. So erlangte überraschenderweise die feministische Bewegung, die sich noch im Aufbau befand, in Israel parlamentarische Vertretung.

## **Der Krieg von 1973: Vom Protest zum Umbruch**

Der politische Umbruch im Jahr 1977, bei dem das rechte Likud-Bündnis an die Macht kam, war nicht nur ein parlamentarischer Umbruch. Er war eine Folge des Schocks, den das politische und militärische Versagen im Krieg von 1973 ausgelöst hatte. Der Krieg begann am 6. Oktober 1973, an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, und kam für die Öffentlichkeit völlig überraschend. Der Krieg dauerte bis zum 24. Oktober, zu Kriegsende trauerte Israel um Tausende Tote und Verletzte, Hunderte Soldat\*innen waren in Gefangenschaft geraten. Eine staatliche Untersuchungskommission schrieb der Armee die Hauptverantwortung für den Kriegsverlauf zu, weil sie nicht richtig vorbereitet gewesen sei. Die Öffentlichkeit verzieh vor allem der Führung nicht, dass sie von einer falschen „Konzeption“ ausgegangen war, der zufolge Israel nicht vor der Gefahr eines Krieges gestanden hatte, und das obwohl nachrichtendienstliche Berichte aus verschiedenen Quellen auf eine akute Kriegsgefahr hingewiesen hatten. Die Proteste, die gleich nach dem Ende des Krieges laut wurden, brachten den Abscheu vor den alten Eliten zum Ausdruck, die mit der Arbeiterbewegung identifiziert waren. Mit vier Jahren Verzögerung zahlte HaMa'arach den Preis für das Versagen, und im Jahr 1977 kam der Likud an die Macht, mit breiter Unterstützung von Mizrachim/Mizrachijot, deren Forderungen nach sozialen und politischen Rechten infolge des Krieges dringlicher geworden waren.

Der politische Umbruch war die erste Etappe in der religiösen und nationalistisch-rechten ideologischen Revolution, die territoriale und politische Rechtfertigungen für die fortgesetzte Besetzung durch Argumente, die sich auf „das Recht des jüdischen Volks auf das Land ihrer Vorfahren“ gründen, ersetzte. Der israelisch-palästinensische Konflikt nahm nach und nach die Dimensionen eines religiösen Konflikts an, und eine pessimistische Weltanschauung, die einen ewigen Krieg zwischen Jüdinnen/Juden und Palästinenser\*innen voraussieht, begann den Diskurs der politischen Rechten zu beherrschen. Innerhalb kurzer Zeit wurde der Holocaust zu einem wichtigen Bestandteil der Selbstwahrnehmung Israels als ewigem Opfer („Die ganze Welt ist gegen uns“) und zur Rechtfertigung der militärischen Aufrüstung und der fortgesetzten Herrschaft über die Palästinenser\*innen. Die Rechte gewann an Stärke, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Erfolg der Siedlungsprojekte in der Westbank. Die Siedlungsprojekte zielten darauf ab, das palästinensische Gebiet in isolierte und eingeschnürte Enklaven aufzuteilen, in denen es schwerfällt, eine normale Lebensroutine aufrechtzuerhalten. Die Fortsetzung der israelischen bürokratischen, wirtschaftlichen und Sicherheits-Kontrolle des Lebens der Palästinenser\*innen wird durch die Verleugnung

der Realität vonseiten der überwiegenden Mehrheit der jüdischen Bevölkerung ermöglicht. Auch die politische Linke ist nicht frei von Schuld, da sie die politische Arena ganz der Kontrolle der Rechten überließ. Über die vielen Jahre ihrer Tätigkeit hinweg ist es ihr nicht gelungen, sich zu einer breiten Bewegung zu entwickeln, die die Basis für linke Parteien sein könnte. Die politische Linke (die sich auf den israelisch-palästinensischen Konflikt konzentriert) war nicht genügend sozial; die soziale Linke war nicht wirklich sozialistisch; die sozialistische war zu marxistisch, und die zionistische Linke lehnte die radikale ab.

Im März 1978 unterzeichneten 348 Reservisten (Offiziere und Soldaten) aus Kampfeinheiten das, was in die Geschichte des Protests als „Brief der Offiziere“ eingegangen und aus dem die Bewegung Peace Now<sup>9</sup> (Frieden jetzt) hervorgegangen ist. In ihrem Schreiben riefen sie Premierminister Menachem Begin dazu auf, dem Frieden mit Ägypten den Vorzug gegenüber „Groß-Israel“ zu geben. Peace Now hat seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, Massendemonstrationen zu organisieren, vor allem während des ersten Libanonkrieges, und wurde zu einem anerkannten Markenzeichen in dem sogenannten Friedenslager in Israel.

Auf der entgegengesetzten Seite des politischen Spektrums stand die Siedlungsbewegung Gusch Emunim (Block der Gläubigen), deren Gründungskonferenz im Februar 1974 stattfand. Beide Bewegungen versuchten, die Realität durch die Anziehungskraft zweier widerstreitender Ideen zu verändern: Die eine ist die des Friedens, die in den Siedlungen ein Hindernis für eine Aussöhnung zwischen Israel und den Palästinenser\*innen, basierend auf der Trennung zwischen den beiden Völkern, sieht; die andere ist die der „Erlösung des Landes“ durch die Siedlungsprojekte und die fortgesetzte Unterdrückung des palästinensischen Widerstands. Während es Gusch Emunim (unterstützt von der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung) schaffte, die politische und demografische Landschaft in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten grundlegend zu verändern, bemüht sich Peace Now (immer in Angst davor, die Unterstützung der jüdischen Bevölkerung zu verlieren) in den letzten Jahren vor allem darum, die boomende Siedlungstätigkeit ihrer historischen Rivalin zu dokumentieren. Das ist die Essenz der Geschichte in aller Kürze.

## **Anfang der 1980er Jahre: Meilensteine in der Geschichte des Protests der Verweigerung**

Peace Now markierte für die radikale Linke die Grenzen der zionistischen Linken, die das Konsens-Regime akzeptiert. Peace Now beteiligte sich nicht an der Organisation von Demonstrationen in Solidarität mit dem Widerstand der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besatzung und war nicht verbunden mit der Bewegung der Verweigerung des Militärdienstes in den besetzten Gebieten, die von der radikalen Linken bereits Anfang der 1980er Jahre befürwortet wurde. Die israelische Offensive im Libanon unter dem Namen „Operation Frieden für Galiläa“, die sich zum „ersten Libanonkrieg“ entwickelte, begann

am 6. Juni 1982 und wurde von einem breiten parlamentarischen Konsens getragen. Nur die Knesset-Fraktion der jüdisch-arabischen Chadasch/al-Jabha warnte vor „dem Weinen über viele Generationen hinweg“, das der Krieg zur Folge haben werde. Innerhalb weniger Tage wurde offensichtlich, dass sich die Operation, die sich gegen die PLO richtete und auf 40 Kilometer nördlich der israelischen Grenze im Libanon beschränkt sein sollte, in einen selbst gewählten Krieg, mit der eigentlichen strategischen Absicht, ein christliches Regime im Libanon zu errichten, verwandelte. Als die Umstände des Krieges und die Kriegsziele im Nachhinein bekannt wurden, ließ der Protest gegen das, was sich als Betrug an der Öffentlichkeit herausstellte, nicht lange auf sich warten. Dies führte zu einem tiefen Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in das politische System und die Armee.

Es gab viele Aktivitäten im Juli 1982. Am Ersten des Monats demonstrierten Zehntausende Menschen im Rahmen einer Peace-Now-Demonstration. (Dem Reportersteam des staatlichen Fernsehens wurde verboten, darüber live zu berichten.) Am 7. Juli demonstrierten arabische und jüdische Student\*innen, Mitglieder von Campus,<sup>10</sup> vor dem Haus des Premierministers gegen den Einmarsch in den Libanon. Wenige Tage später schlossen sich das „Komitee gegen den Krieg“ und eine Gruppe von Feminist\*innen in Jerusalem der Campus-Demonstration an. Reservisten gründeten die Kriegsdienstverweigerer-Organisation Jesch Gvul<sup>11</sup> (Es gibt eine Grenze), und Tausende von Reservisten unterzeichneten ihre Petitionen. Circa 150 von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Jesch Gvul unterstützt bis heute Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Das Massaker von Sabra und Schatila vom 16. bis 18. September 1982, bei dem Hunderte Bewohner\*innen der Lager in einem Gebiet unter israelischer Kontrolle ermordet wurden, brachte zwischen 200.000 und 400.000 Demonstrant\*innen zu der Peace-Now-Demonstration auf dem Malkei-Israel-Platz in Tel Aviv. Der Platz heißt heute Rabin-Platz in Gedenken an Premierminister Jitzhak Rabin, der dort am 4. November 1995 von einem jüdischen nationalreligiösen Attentäter am Ende einer Kundgebung zur Unterstützung der Oslo-Abkommen ermordet wurde.

Nach und nach wurde eine Reihe von Bewegungen gegründet, die die Regierung dazu aufriefen, die israelische Armee aus dem Libanon abzuziehen: „Soldaten gegen das Schweigen“ (die zwar gegen Kriegsdienstverweigerung waren, aber den Krieg und seine Ziele missbilligten); Schriftsteller\*innen, Künstler\*innen und Professor\*innen; „Frauen gegen die Invasion des Libanon“; Osim Shalom (Sozialarbeiter\*innen für Frieden); das „Komitee gegen den Krieg im Libanon“ und die „Eltern gegen das Schweigen“ (die zwar nicht offen Kriegsdienstverweigerung unterstützten, aber den Krieg ablehnten), die später zu den „Müttern gegen das Schweigen“ wurden (weil Mütter ihre Angst um ihre an der Front in einem törichtem Krieg kämpfenden Söhne zum Ausdruck bringen dürfen).

Im August trat Premierminister Menachem Begin von seinem Amt zurück. Er zog sich in sein Haus zurück und hat es bis zu seinem Tod nicht mehr verlassen. Am 29. September räumte die israelische Armee unter starkem US-amerikanischen Druck ihre Stellungen in Beirut. 18 Jahre

später, im Mai 2000, zog die israelische Armee ganz aus dem Libanon bis zur Grenze ab. Die Bewegung „Vier Mütter“, die im Sommer 1997 gegründet wurde, ungefähr fünf Monate, nachdem 73 Soldaten bei der Kollision zwischen zwei israelischen Militärhubschraubern auf dem Weg in den Libanon getötet wurden, spielte eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über den Rückzug aus dem Libanon. Der Erfolg der Bewegung war einmalig und sie wurde nach Erlangung ihres Zieles aufgelöst.

Die turbulenten 1980er Jahre schloss die Erste Intifada (die Anfang Dezember 1987 ausbrach) ab. Bis zum Ende des Jahrzehnts gab es nicht weniger als 74 linke Bewegungen, deren Kampf sich auf konkrete aktuelle Probleme in den besetzten Gebieten konzentrierte. Nur wenige von ihnen haben ihre Arbeit den sich verändernden Verhältnissen angepasst und sind heute noch aktiv. Eine davon, die Bewegung „Das 21. Jahr“ (der Besatzung),<sup>12</sup> die sich neben der Organisation von Protestdemonstrationen auch mit dem Sammeln von Zeugenaussagen über die Besatzung (occupation witnesses) beschäftigte, wurde im Jahr 1988 zur Grundlage für die Errichtung der Organisation B'Tselem – dem israelischen Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten.<sup>13</sup>

Die breite Bewegung der Kriegsdienstverweigerung, die während des Libanonkrieges und in den frühesten Stadien der Ersten Intifada entstand, kam mitten aus männlichen, aschkenasischen, säkularen Militärkreisen. Ihre Bedeutung liegt darin, dass es gerade die Männer, die als „Salz der Erde“ (der israelischen Gesellschaft) betrachtet werden, waren, die die in Israel heilige Verbindung zwischen Militärdienst und dem Recht auf volle Staatsbürgerschaft infrage stellten. Explizite Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen im Bewusstsein des dafür zu zahlenden Preises (Haftzeiten in einem Militärgefängnis) ist seit der Zweiten Intifada immer seltener geworden. Im Laufe der Zeit wurde die verdeckte Verweigerung immer beliebter. Dies ist eine euphemistische Bezeichnung für die Umgehung oder Vermeidung des Militärdienstes aus Gründen der „fehlenden Eignung“. Diese Variante verwenden Jugendliche im Rekrutierungsalter aus allen Schichten der Bevölkerung.

## **Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre: Im Zeichen der Frauenbewegung für Frieden**

Dies ist vielleicht der richtige Moment, das Augenmerk auf die Frauenbewegung für Frieden zu richten, die mit dem Ausbruch der Ersten Intifada ihre Aktivitäten zu organisieren begann. Es lässt sich zu ihren Gunsten sagen, dass sie, obwohl ihr Hauptziel – das Ende der Besatzung und ein Friedensabkommen mit den Palästinenser\*innen – noch nicht erreicht wurde, in die politische Arena einen feministischen politischen Diskurs über Frieden und Menschenrechte eingebracht hat, der in Israel ohnegleichen ist. Unmittelbar nach dem Ausbruch der Ersten Intifada organisierten linke Aktivist\*innen Protest-Mahnwachen in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa, die auch heute noch (in geringerem Umfang) stattfinden. Die Aktivist\*innen tragen

schwarze Kleidung und schwenken Schilder in Form einer Hand, auf der der Slogan „Schluss mit der Besatzung!“ steht. Die Protest-Mahnwachen werden regelmäßig an Plätzen und Kreuzungen in Städten ausgerechnet freitagmittags abgehalten, das heißt zu einer Zeit, zu der von jüdischen Frauen anscheinend erwartet wird, dass sie zu Hause mit Sabbat-Vorbereitungen beschäftigt sind. Sie haben keine Angst vor sexistischen und chauvinistischen Beleidigungen, die sie dabei erleiden könnten, weil die Forderung der Frauen in Schwarz<sup>14</sup> eine komplexe politische Forderung ist: „Schluss mit der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete! Und Schluss mit der patriarchalen Unterdrückung zu Hause!“

Zur gleichen Zeit fanden auf Initiative von linken Kreisen in Europa Treffen zwischen israelischen politischen Aktivist\*innen und Palästinenser\*innen statt, die Mitglieder der PLO waren. Die PLO wurde damals von Israel als terroristische Organisation gesehen, mit der kein Kontakt erlaubt war. Der Slogan der Initiative war: „Gebt dem Frieden eine Chance – Frauen sprechen“. Die Prämisse der „Frauen-Initiative“ war, dass Frauen, weil sie die permanenten „Anderen“ in der patriarchalen Welt sind, zu einem umfassenden, versöhnlichen und auf Dialog beruhenden Ansatz zur Lösung des Konflikts fähig sind. Das erste Treffen fand im Mai 1989 in Brüssel statt und endete mit einem Aufruf zu einem territorialen Kompromiss und einer gerechten Lösung des Flüchtlingsproblems. Im Kielwasser dieses Treffens wurde während der Zeit der Oslo-Abkommen (1993 u. 1995) das „Frauen Netzwerk für Frieden – Jerusalem Link“ gegründet, in dessen Rahmen zwei unabhängige feministische Zentren aktiv waren: Bat Shalom, eine jüdische Organisation in West-Jerusalem, und das palästinensische „Jerusalem Zentrum für Frauen – al-Nisa“ in Ost-Jerusalem. Die Hauptaktivität des Netzwerks bestand darin, Kampagnen für den Frieden sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Koexistenz zu initiieren. Die Mitglieder des Netzwerks integrierten feministische Inhalte in ihre Arbeit, um die Präsenz von Frauen in den Bereichen Politik und „Sicherheit“ zu erhöhen. Während der Zweiten Intifada (Al-Aqsa-Intifada, die im September 2000 ausbrach) zerbrach die israelisch-palästinensische Zusammenarbeit im Rahmen des „Frauen Netzwerks für Frieden“. Die Ereignisse vom Oktober 2000, als 13 israelische arabische Bürger<sup>15</sup> von der Polizei bei Demonstrationen in Solidarität mit dem palästinensischen Aufstand erschossen wurden, machten die Aktivitäten der Koexistenz (die auch vorher schon kritisiert wurden) irrelevant. Die Aktivitäten der Organisation Bat Shalom wurden im Jahr 2010 aus Mangel an Ressourcen eingestellt.<sup>16</sup>

Aber die feministischen Friedensaktivitäten haben damit nicht aufgehört. Im Gegenteil. Auf Initiative von erfahrenen linken Aktivist\*innen organisierten sich gleich mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada neun feministische Organisationen in einem neuen Rahmen: Coalition of Women for Peace (Frauenkoalition für Frieden).<sup>17</sup> Die Gründungskonferenz der Koalition fand am 8. November 2000 im Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv statt, und am Ende des Monats wurde bereits die Grundsatzerklärung „Die feministische Vision des Friedens“ in Nazareth fertig ausgearbeitet. Die Vision des Friedens beschäftigt sich mit dem

Kampf, die Besetzung auf der Grundlage von „zwei Staaten für zwei Völker“ zu beenden (inzwischen wurde die Idee der nationalen Trennung zugunsten von Ideen basierend auf Partnerschaft und Koexistenz im Land aufgegeben); sie tritt ein für eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems, die uneingeschränkte Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen und die Eindämmung des Militarismus in Israel sowie für die volle Gleichberechtigung der palästinensischen Bürger\*innen Israels. Zu den Organisationen, die sich im Rahmen der Koalition organisierten, gehörten unter anderen die Bewegung der Demokratischen Frauen in Israel (Tandi), die seit 1949 im Rahmen der Kommunistischen Partei aktiv ist, und die Frauen in Schwarz, die bereits oben erwähnt wurden. Ich möchte auch New Profile (Neues Profil) erwähnen, eine Organisation, die im Jahr 1998 von einer Gruppe von Frauen gegründet wurde, die darauf hinarbeiten, die zivilgesellschaftliche Sphäre dadurch zu stärken, dass die wachsende Macht der Armee und des Sicherheitsapparates daraus entfernt wird.<sup>18</sup> Eine weitere neue Bewegung, Machsom Watch (Checkpoint Beobachtung) – Frauen für Menschenrechte und gegen Besetzung –, schloss sich ebenfalls der Koalition an.<sup>19</sup> Machsom Watch wurde im Februar 2001 gegründet, als fünf Frauen aus Jerusalem eines Morgens zum Bethlehem-Checkpoint kamen, um die Situation dort zu beobachten. Sie beschloss, weiter zu beobachten und zu dokumentieren, was an den Checkpoints passiert, um öffentlichen Druck zu erzeugen und die Besetzung zu beenden. Später erweiterten sie ihre Tätigkeit auf Berichte über Gerichtsverfahren gegen Palästinenser\*innen vor Militärgerichten und auf individuelle Hilfe für Palästinenser\*innen, deren Genehmigungen, einen Checkpoint zu passieren und/oder in Israel zu arbeiten, aus „Sicherheitsgründen“ entzogen wurden. In diesem Jahrhundert etablierte sich die Frauenkoalition für Frieden als wichtiger Initiator von Protestaktionen gegen den zweiten Libanonkrieg (2006) und gegen die Blockade des Gazastreifens und der wiederholten militärischen Angriffe auf diesen. Heute arbeitet die Koalition als eigenständige Organisation (d. h. nicht nur als Dachorganisation) und verbindet soziale und feministische Kämpfe mit dem unablässigen gewaltlosen Kampf gegen die Besetzung.

Im gegenwärtigen Jahrzehnt lässt sich ein Prozess der Feminisierung der Bewegung der Kriegsdienstverweigerung aus Wissensgründen beobachten. Im Jahr 2016 wurde ein Netzwerk unter dem Namen „Verweiger\*innen“<sup>20</sup> gegründet. Trotz ihrer geringen Zahl haben die Verweiger\*innen ein großes moralisches Gewicht.

## Von politischen Bewegungen zu Nichtregierungsorganisationen

In den 1990er Jahren befand sich Israel weit entfernt von dem Ethos der Eigenstaatlichkeit der Gründungszeit und versank tief im Strudel gesellschaftlicher und politischer Gespaltenheit. In dieser Zeit kam es zu einer Konsolidierung der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die in Israel Mitte der 1980er Jahre eingeführt worden war, und die Privatisierungspolitik der Regierung wurde

intensiviert. Dies waren auch die Jahre der Gründung von Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Schutz der Menschenrechte in Israel und den besetzten Gebieten engagieren, neben der Beobachtung und Dokumentation von Verletzungen des internationalen Rechts. In vielerlei Hinsicht erleichtern sie es dem Staat, die Trennungspolitik und die Besetzung fortzusetzen, weil durch ihre Tätigkeit humanitäre Katastrophen verhindert werden. In dieser Hinsicht sind sie ein fester Bestandteil der Besetzung. Jedoch erlaubt es ihnen ihre leitende Ethik nicht, sich um Menschen nicht zu kümmern, die Schutz und Hilfe brauchen und darum bitten. Die Frage nach dem richtigen Verhältnis zwischen der so kritischen humanitären Hilfe und dem obersten politischen Ziel, die Besetzung zu beenden, ist immer kontrovers und kann nicht eindeutig beantwortet werden.

Hier sind einige Beispiele von Organisationen, die in den frühen 1990er Jahren gegründet wurden: Zur Zeit der Ersten Intifada, als palästinensischen Arbeiter\*innen verboten wurde, zu ihrem Arbeitsplatz in Israel zu kommen, organisierten sich mehrere linke Aktivist\*innen, um ihnen zu helfen, ihre sozialen Rechte gegenüber ihren Arbeitgeber\*innen geltend zu machen. So wurde Kav LaOved – Worker’s Hotline<sup>21</sup> im Jahr 1991 gegründet. Als die Tore für Arbeitsmigrant\*innen geöffnet wurden, die die palästinensischen Arbeiter\*innen im Baugewerbe und in der Landwirtschaft ersetzen, erweiterte sich das Betätigungsfeld von Kav LaOved, das nun auch die Bemühungen um den Schutz der Rechte der Arbeitsmigrant\*innen mit einschloss, von denen heute die meisten im Pflegebereich tätig sind. Und so war es auch, als im Jahr 2007 klar wurde, dass die Arbeiter\*innen unter den Asylbewerber\*innen Hilfe brauchen. Auf ähnliche Weise wurde das Arbeiterberatungszentrum Maan-WAC gegründet,<sup>22</sup> das sozial schwachen Arbeitnehmer\*innen hilft, sich gewerkschaftlich zu organisieren; sowie auch die Hotline für Flüchtlinge und Migranten<sup>23</sup> (1998) und ASSAF – Hilfsorganisation für Flüchtlinge und Asylbewerber in Israel<sup>24</sup> (2007). Dies sind Hilfsorganisationen, die darauf abzielen, die Einstellung des Staates und der Gesellschaft gegenüber nicht jüdischen Arbeiter\*innen und Migrant\*innen zu verändern; allein schon die Existenz solcher Organisationen stellt eine wichtige politische Aussage dar.

Die Erste Intifada konfrontierte die Aktivist\*innen gegen die Besetzung, die direkten Kontakt zu palästinensischen Aktivist\*innen und Organisationen hatten, mit den dringendsten Bedürfnissen der Palästinenser\*innen, denen nicht auf der Basis von sporadischen Aktionen geholfen werden konnte. So wurde im Jahr 1988 die Bewegung der Rabbiner für Menschenrechte<sup>25</sup> gegründet, deren praktische Arbeit von einer humanistisch-jüdischen moralischen Haltung in Bezug auf Menschenrechte und die Beherrschung eines anderen Volkes getragen ist; und ebenso wurde das Öffentliche Komitee gegen Folter in Israel<sup>26</sup> (1990) gegründet sowie HaMoked – Zentrum zum Schutz/der Verteidigung des Einzelnen [Menschen]<sup>27</sup> und die Organisation der Frauen für weibliche politische Gefangene.<sup>28</sup> Die israelische Organisation der Ärzte für Menschenrechte,<sup>29</sup> die 1988 gegründet wurde, führt eine Offene Klinik (ursprünglich im Süden von Tel Aviv, heute in

Jaffa) für Menschen, die nicht krankenversichert sind (d. h. vor allem Arbeitsmigrant\*innen und Asylbewerber\*innen) und eine mobile Klinik in den besetzten Gebieten. Ferner engagiert sich die Organisation unter anderem in der Öffentlichkeit für die Realisierung des Rechts auf Gesundheit der israelischen Staatsbürger\*innen, die in nicht anerkannten Beduinen-Dörfern leben, und der palästinensischen Häftlinge und Gefangenen und bemüht sich auch, Medikamente und medizinische Ausrüstung in den Gazastreifen zu bringen.

Etwas später, im Jahr 1992, gründete Uri Avnery, ein Veteran unter den Friedensaktivist\*innen in Israel, die Organisation Gusch Schalom<sup>30</sup> (Friedensblock) in Reaktion auf die Verbannung von 415 Mitgliedern von Hamas und dem Islamischen Jihad in den Libanon. Und als das Friedenslager einen vernichtenden Schlag durch die Ermordung von Premierminister Yitzhak Rabin (4. November 1995) durch einen rechten nationalreligiösen Mann erlitt, gründeten junge Menschen die Bewegung Dor Schalom (Friedensgeneration), die auch „Eine ganze Generation fordert Frieden“ genannt wurde. Allerdings schaffte sie es innerhalb kürzester Zeit, die in sie gesetzten großen Hoffnungen zu enttäuschen und zu scheitern.

Die 1990er Jahre zeichnen sich durch eine große Pluralität in der Entwicklung der Organisationen aus, die sich um soziale Gerechtigkeit bemühen und/oder eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Jüdinnen/Juden und Araber\*innen fördern wollen. So wurden Sikuy – Vereinigung für die Förderung staatsbürgerlicher Gleichheit<sup>31</sup> von arabisch-palästinensischen und jüdischen Staatsbürger\*innen (1991) – und Adalah (arabisch für: Gerechtigkeit) – Legal Center for Arab Minority Rights in Israel<sup>32</sup> (Zentrum für die juristische Verteidigung der Rechte der arabischen Minderheit in Israel) (1996) gegründet sowie das Negev Koexistenz Forum für staatsbürgerliche Gleichheit<sup>33</sup> (1997), das sich für die Anerkennung der nicht anerkannten Beduindörfer einsetzt, und das Mossawa (arabisch für: Gleichheit) Zentrum<sup>34</sup> (1997), das sich darum bemüht, die Rechte der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel zu fördern. Adalah und Mossawa spielten eine führende Rolle in der Initiative, die kollektiven Rechte der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel zu formulieren. Und im Geiste des Multikulturalismus und der Identitätspolitik gründeten junge Männer und Frauen der zweiten und dritten Generation von aus arabischen und muslimischen Ländern stammenden Jüdinnen und Juden die Demokratische Mizrahi Regenbogen Koalition (1996), die sich darum bemüht, die wirtschaftliche Gleichstellung von Mizrachim/Mizrachijot und die Anerkennung ihrer kulturellen Identität zu erlangen.<sup>35</sup> Im Jahr 1999 wurden die Organisation Tebeka<sup>36</sup> (amharisch für: Gerechtigkeit), die sich für die Rechte der äthiopischen Bürger\*innen einsetzt; und Kayan<sup>37</sup> (arabisch für: Entität), eine feministische Organisation für die Rechte arabischer Frauen, die gute nachbarschaftliche Beziehungen mit dem 1983 gegründeten und sehr aktiven feministischen Zentrum Ischa Lelscha<sup>38</sup> (Von Frau zu Frau) in Haifa unterhält. Im Jahr 2000 wurde Achoti<sup>39</sup> (Schwester) von Mizrahi-Feminist\*innen gegründet, um eine feministische Bewegung zu schaffen, die eine

Alternative zur aschkenasischen Hegemonie, die auch in feministischen Organisationen vorhanden ist, bietet.

Nach dem Scheitern vom Camp-David-Gipfeltreffen (im Juli 2000) und der Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak, dass die Palästinenser\*innen keine „Partner für den Frieden“ sind, und dass es auf der palästinensischen Seite „niemanden gibt, mit dem man sprechen kann“, wurde der Friedensprozess abgebrochen. Ungefähr zwei Monate später begann die zweite, die Al-Aqsa-Intifada, und die zionistische Linke, die Baraks Sicht teilte, verlor daraufhin jegliches Vertrauen in die Möglichkeit, den Konflikt zu beenden. Das Friedenslager brach in sich zusammen.

Die radikale Linke kam zu der Ansicht, dass sich die Realität eines Staates (statt zweier Staaten) abzeichnet und dass die Besetzung auf dem Wege ist, sich in ein von Israel beherrschtes Apartheidsregime zu entwickeln. Die Organisationen, die zu dieser Zeit gegründet wurden, richteten sich auf ein breites Spektrum von Solidaritätsaktivitäten: das Arabische Zentrum für Medienfreiheit, Entwicklung und Forschung – I'lam<sup>40</sup> (Information/Kommunikation) (2000); und Ta'ayusch (Zusammenleben) – Arabisch-Jüdische Partnerschaft<sup>41</sup> (2002), deren Mitglieder sich unter anderem an palästinensischen Protestdemonstrationen beteiligen, palästinensische Bäuer\*innen und Bauern bei der Olivenernte begleiten und Informationstouren organisieren, um über die Realität der Besetzung in der Westbank aufzuklären. Einige der Mitglieder von Ta'ayusch beteiligten sich an der Gründung von Tarabut-Hitchabrut<sup>42</sup> (arabisch und hebräisch für: Miteinander-verbunden-Sein), deren Tätigkeitsfeld auch die Rechte der palästinensischen Staatsbürger\*innen Israels umfasst. Im Jahr 2002 wurde die Organisation Zochrot<sup>43</sup> (Sich erinnern [feminin]) gegründet, die versucht, das Vergessen der Nakba, das heißt der Katastrophe der Niederlage und des Exils infolge des Krieges von 1948, der im zionistischen Narrativ „Befreiungskrieg“ oder „Unabhängigkeitskrieg“ genannt wird, zu verhindern. Im selben Jahr wurde die Organisation „Das Schweigen brechen“<sup>44</sup> von Bürger\*innen gegründet, die in der Vergangenheit als normale Soldat\*innen in den besetzten Gebieten gedient hatten und dabei mit den im Rahmen der Besetzung begangenen Unrechtstaten konfrontiert waren, die sie nun dokumentieren und an die Öffentlichkeit bringen. Und mit dem fortschreitenden Bau der Sperranlage in den besetzten palästinensischen Gebieten wurde die Bewegung der „Anarchisten gegen die Mauer“ (2003) gegründet. Im Jahr 2004 wurde die Bewegung für Informationsfreiheit gegründet, die die Ausführung des 1998 verabschiedeten, aber nicht ausgeführten Gesetzes zur Informationsfreiheit fordert. Im Jahr 2005 gründeten Frauen von Machsom Watch die Organisation Jesch Din<sup>45</sup> (Es gibt Recht), die Angriffe auf Palästinenser\*innen in der Westbank dokumentiert und in ihrem Namen vor Gericht klagt. Und im selben Jahr entstand die Organisation Gischa<sup>46</sup> (Zugang), die die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bewohner\*innen des Gazastreifens und der Westbank zu verteidigen versucht. Im Jahr 2007 initiierte die Frauenkoalition für Frieden ein Projekt mit dem Namen Who Profits?<sup>47</sup> (Wer profitiert?) zur Erforschung der mit der Besetzung verbundenen israelischen Industrie und der Schaffung



einer Datenbank über die wirtschaftliche Ausnutzung der Palästinenser\*innen und ihrer Ressourcen. Später wurde daraus ein eigenständiges Informationszentrum.

Mit der zunehmenden Verdrängung von in Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser\*innen aus ihren Häusern zum Zwecke der „Judaisierung“ der Stadt organisierte sich die Bewegung „Solidarität mit Scheich Dscharrach“ einem Stadtviertel in Ost-Jerusalem (2009). Angesichts zunehmender Verzweiflung über die erfolglosen Aktivitäten der Bewegungen der „freien Radikalen, die nicht zusammenkommen“, wie sie mitunter in linker Selbstironie beschrieben werden, entschloss sich eine ad hoc geformte Gruppe von Frauen im Jahr 2010 zu einer Aktion zivilen Ungehorsams. Sie organisierten einen Ausflug mit palästinensischen Frauen und Kindern aus den besetzten Gebieten an den Strand von Tel Aviv, um gegen die Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit zu protestieren und die Willkürlichkeit der Barrieren, deren Beitrag zur Sicherheit reine Fiktion ist, aufzuzeigen.<sup>48</sup> In chronologischer Hinsicht als letzte, aber ebenfalls wichtig ist die Bewegung „Frauen machen Frieden“<sup>49</sup>, die im Zuge des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen im Sommer 2014 („Operation Protective Edge“) organisiert wurde, um Druck auf die Regierung zu machen, politischen Verhandlungen gegenüber Krieg den Vorzug zu geben. Im Zeichen der Zeit charakterisiert sich die Bewegung als apolitisch und lehnt die traditionelle politische Unterscheidung zwischen rechts und links ab. Wird es ihr auf ihre apolitische, versöhnliche Weise gelingen, das zu erreichen, was erfahrenen politischen Bewegungen nicht möglich war? Ich bezweifle es.

Um die Übersicht über die 1990er Jahre abzuschließen, soll zuletzt die neue Umweltbewegung kurz erwähnt werden, die sich in den 1990er Jahren rapide entwickelte. Informationen über die vielen verschiedenen Organisationen in dem Bereich und ihre vielfältigen Aktivitäten finden sich auf der Webseite der Organisation „Leben und Umwelt“.<sup>50</sup>

Und heute? Keyboard-Aktivismus und Social-Networking sind derzeit die führenden politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Dies ist wahrscheinlich nicht zum Wohle einer wirksamen politischen Organisation, da es sich um spontane und verstreute individuelle Tätigkeiten handelt, die es nicht erlauben, langfristig zu organisieren und zu planen, und die nicht einmal wirkliche Vertrautheit unter den Aktivist\*innen schaffen. Zu den alternativen linken Internetplattformen und Onlinemagazinen gehören unter anderem: HaGada HaSmalit<sup>51</sup> (Das linke Ufer); HaOketz<sup>52</sup> (Der Stachel); Sicha Mekomit<sup>53</sup> (Ortsgespräch) und dessen englischsprachiger Partner +972<sup>54</sup> (die internationale Vorwahl für Israel), Israel Social TV<sup>55</sup>, „Der heißeste Platz in der Hölle“<sup>56</sup> und Activestills<sup>57</sup>, die sich auf Fotoreportagen konzentrieren. Diese Internetseiten zusammen mit den sozialen Onlinenetzwerken der Linken erwecken den Eindruck einer kohärenten, breiten, gut organisierten Linken, die in der Lage wäre, den Stadtplatz im Nu zu füllen. Dies ist ein falscher Eindruck, zumindest in Bezug auf den politischen Protest.

Als die großen sozialen Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten im Juli 2011 ausbrachen, erschien es für einen Moment so, als könnten sie die Welt verändern.

Aber auch das war ein falscher Eindruck. Die Protestbewegung war apolitisch, um alle gegensätzlichen Strömungen mit einzuschließen, und hatte sich bis zum Anfang des Winters aufgelöst. Was blieb – und auch das ist wichtig – ist ein kritischer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Diskurs und ein Aktivismus, der sich besonders auf wirtschaftliche Fragen konzentriert. Drei der Hauptaktivist\*innen der Protestbewegung schlossen sich dem sozialdemokratischen Zionistischen Lager an und wurden ins Parlament gewählt. Einige einzelne Personen verfolgen die ihnen am Herzen liegenden Projekte weiter und vereinzelte Gruppen setzen relevante soziale und zivilgesellschaftliche Aktivitäten fort, so zum Beispiel die Aktivist\*innen in Wohnvierteln Lo Nechmadim – Lo Nechmadot<sup>58</sup> (Nicht nette Männer und Frauen<sup>59</sup>). HaMa’abara<sup>60</sup> (Durchgangslager – die Bezeichnung der Lager, in denen Neueinwander\*innen in den 1950er Jahren oft für lange Zeit untergebracht wurden) setzt sich für den öffentlichen sozialen Wohnungsbau ein und die aus der Protestbewegung hervorgegangene Organisation HaMishmar HaChevrat<sup>61</sup> (Die Sozialgarde) bemüht sich darum, die Öffentlichkeit an der zivilgesellschaftlichen Überwachung der Arbeit der Knesset und ihrer Ausschüsse zu beteiligen.

## Epilog

Angesichts der gespaltenen und polarisierten israelischen Gesellschaft, die aus dem Inneren des Ethos der Eigenstaatlichkeit herausbrach, waren die linken Bewegungen stets ein Spiegelbild ebendieser Gespaltenheit und Polarisierung. Die linken Bewegungen arbeiten jede für sich in ihrem Bereich – ohne eine kohärente Strategie und in der Regel in Reaktion auf eine Realität, die von der religiösen und nationalistischen Rechten diktiert wird, und nicht aus eigenem Impuls, Veränderung herbeizuführen. Dies ist eine schmerzhaft Situation für all diejenigen, die, wie ich, nicht bereit sind, das Streben nach einer offenen, auf Gleichheit beruhenden und friedensorientierten Gesellschaft aufzugeben.

Im Jahr 2016 wird die Verfolgung von linken Organisationen und Aktivist\*innen immer aggressiver fortgesetzt, vor allem von denjenigen, die in Solidarität mit den Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten tätig sind. Die gegenwärtige Isolation der radikalen Linken setzt sie den Angriffen der Regierung aus, die in der feindlichen öffentlichen Meinung Unterstützung finden. Wenn Aktivist\*innen keine Basis innerhalb der Öffentlichkeit im eigenen Land haben und ihre Arbeit durch ausländische Finanzierungsquellen unterstützt wird, dann können sie leicht des Hochverrats beschuldigt werden. Diejenigen, die vor dem immer extremer werdenden Nationalismus in der jüdischen Gesellschaft in Israel warnen, ziehen den Groll der Öffentlichkeit auf sich. Historisch gesehen war der extreme Nationalismus immer der Feind der Jüdinnen und Juden, und es ist schwer, sich mit seinem Vorhandensein in Israel abzufinden. Je mehr aber die internationale Kritik an der Besatzung und der Politik, die viele von uns als eine Politik der Apartheid sehen, zunimmt, und je schwieriger es diese Kritik macht, die Realität weiterhin zu

verleugnen, desto schärfer werden die linken Bewegungen verfolgt. Und zwar sowohl durch eine Gesetzgebung, die sich gegen ihre Aktivitäten richtet, als auch durch die Beschuldigung einzelner Aktivist\*innen, angebliche mit der „Sicherheit“ verbundene Straftaten begangen zu haben. Außerdem: Je weiter das Bewusstsein des inneren Widerspruchs, der der Definition des Staates als „jüdisch und demokratisch“ inhärent ist, zunimmt, desto stärker ist die jüdische Mehrheitsgesellschaft gezwungen, den Charakter des Staates neu zu bestimmen. Das könnte dazu führen, dass die gefährliche systematische Tendenz der Trennung zwischen den palästinensischen Bürger\*innen Israels, die 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, und den jüdischen Bürger\*innen weiter steigt. Diese Prozesse scheinen das Selbstvertrauen der Regierung und ihrer Anhänger\*innen zu untergraben, und diese richten ihren Zorn auf die radikale Linke, die Bote und Überbringerin der schlechten Nachrichten ist, deren tatsächlicher Einfluss auf die Realität aber minimal ist gemessen an dem Platz, den sie auf der Tagesordnung der nationalistischen Rechten einnimmt.

Aus ebendiesem Grund muss eine breite linke Bewegung, die als Grundlage einer Alternative zur Regierung dienen könnte, eine gemeinsame demokratische Bewegung von Araber\*innen und Jüdinnen und Juden sein, die zusammen für eine offene Zivilgesellschaft eintreten. Denn das Ende der Besatzung wird zusammen mit einer historischen Versöhnung zwischen Israel und Palästina kommen müssen, und am Tag danach werden wir uns alle in einem Staat befinden, der den Weg in die Zukunft in einer veränderten Wirklichkeit sucht. Die Linke in Israel hat noch viel Arbeit vor sich.

Übersetzt von **Ursula Wokoeck Wollin**

**Hedva Isachar**, 1946 in Tel Aviv geboren, studierte Philosophie an der Tel Aviv Universität, arbeitete über 30 Jahre als Journalistin für Dokumentarsendungen bei Kol Israel, Israels staatlichem Radiosender. Seit ihrer Pensionierung betätigt sie sich als Aktivistin für Frieden und die Rechte von Arbeitnehmer\*innen. Sie veröffentlichte unter anderem Aufsätze in feministischen Zeitschriften und Artikel in dem Onlinemagazin HaGada HaSmalit. Ihre beiden hebräischen Bücher „Schwestern für den Frieden: Feministische Stimmen in der Linken“ (2003) und „Andersdenker\*innen – Eindrücke von der Gegenkultur der feministischen Linken“ (2009) erschienen im Resling Verlag.

## Anmerkungen:

- 1 Vgl. die Selbstdarstellung der Palmach auf der Webseite des Palmach-Museums (englisch) unter: [http://info.palmach.org.il/show\\_item.asp?itemId=8096&levelId=42798&itemType=0](http://info.palmach.org.il/show_item.asp?itemId=8096&levelId=42798&itemType=0).
- 2 Vgl. die Informationen auf der Etzel-Webseite unter: [www.etzel.org.il/english/index.html](http://www.etzel.org.il/english/index.html).
- 3 Vgl. die Informationen auf der Webseite der Organisation Vereinigung [zur Pflege] des Lechi Erbes unter: <http://lehi.org.il/?lang=en>.
- 4 Vgl. weitere Informationen (auf Englisch) über Matzpen unter: <http://israeli-left-archive.org/cgi-bin/library?site=localhost&a=p&p=about&c=matzpen&l=en&w=utf-8>.
- 5 Vgl. weitere Informationen (auf Englisch) über die PLO unter: [www.britannica.com/topic/Palestine-Liberation-Organization](http://www.britannica.com/topic/Palestine-Liberation-Organization).
- 6 Die englische Übersetzung erschien 1971 unter dem Titel „The Seventh Day: Soldiers Talk about the Six-Day War“ („Der siebte Tag: Soldaten sprechen über den Sechs-Tage-Krieg“). Das Buch basiert auf Interviews, die Amos Oz und Avraham Shapira, selbst Kriegsteilnehmer, nur 10 Tage nach Kriegsende mit Soldaten geführt haben.
- 7 Die meisten der Zeugenaussagen, die im ursprünglichen Text zensiert wurden, finden sich nun in dem Dokumentarfilm „Censored Voices“ („Zensierte Stimmen“) aus dem Jahr 2015.
- 8 Für weitere Informationen vgl. die englische Webseite von ACRI unter: [www.acri.org.il/en/](http://www.acri.org.il/en/).
- 9 Vgl. die Webseite der Organisation unter: <http://peacenow.org.il/eng/>.
- 10 Für weitere Informationen in Englisch über die Organisation siehe: <http://israeli-left-archive.org/cgi-bin/library?site=localhost&a=p&p=about&c=campus&l=en&w=utf-8>.
- 11 Vgl. die englischsprachige Webseite der Organisation unter: [www.yesh-gvul.org/](http://www.yesh-gvul.org/).
- 12 Für weitere englischsprachige Informationen über die Organisation siehe: <http://israeli-left-archive.org/cgi-bin/library?site=localhost&a=p&p=about&c=the21st&l=en&w=utf-8>.
- 13 Vgl. die englischsprachige Webseite von B'Tselem unter: [www.btselem.org/](http://www.btselem.org/).
- 14 Für weitere englischsprachige Informationen siehe: <http://israeli-left-archive.org/cgi-bin/library?site=localhost&a=p&p=about&c=wib&l=en&w=utf-8> sowie <http://womeninblack.org/vigils-around-the-world/europa/israel/>.
- 15 Später stellte sich heraus, dass einer der erschossenen Demonstranten kein israelischer Staatsbürger war.
- 16 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.batshalom.org/about.php](http://www.batshalom.org/about.php).

- 17 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.coalitionof-women.org/?lang=en](http://www.coalitionof-women.org/?lang=en).
- 18 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://newprofile.org/english>.
- 19 Vgl. die englischsprachige Webseite der Organisation unter: [www.en.machsomwatch.org/](http://www.en.machsomwatch.org/).
- 20 Vgl. die hebräische Facebook-Seite der Organisation unter: <https://www.facebook.com/mesarvot/>.
- 21 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.kavlaoved.org.il/en/](http://www.kavlaoved.org.il/en/).
- 22 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://eng.wac-maan.org.il/>.
- 23 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://hotline.org.il/en/main/>.
- 24 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://assaf.org.il/en/>.
- 25 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://rhr.org.il/eng/>; siehe auch den deutschen Wikipedia-Eintrag unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Rabbis\\_for\\_Human\\_Rights](https://de.wikipedia.org/wiki/Rabbis_for_Human_Rights).
- 26 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://stoptorture.org.il/?lang=en>; siehe auch den deutschen Wikipedia-Eintrag unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Public\\_Committee\\_Against\\_Torture\\_in\\_Israel](https://de.wikipedia.org/wiki/Public_Committee_Against_Torture_in_Israel).
- 27 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.hamoked.org/home.aspx](http://www.hamoked.org/home.aspx); siehe auch den deutschen Wikipedia-Eintrag unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/HaMoked>.
- 28 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.wofpp.org/english/home.html](http://www.wofpp.org/english/home.html).
- 29 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.phr.org.il/en/](http://www.phr.org.il/en/); für weitere Informationen auf Deutsch siehe zum Beispiel die Zeitungsartikel unter: [www.taz.de/!5134779/](http://www.taz.de/!5134779/); [www.medico.de/von-der-einsamkeit-im-eigenen-land-und-der-pflicht-zur-einmischung-13071/](http://www.medico.de/von-der-einsamkeit-im-eigenen-land-und-der-pflicht-zur-einmischung-13071/).
- 30 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [http://zope.gush-shalom.org/index\\_en.html](http://zope.gush-shalom.org/index_en.html); hier sind auch Links zu Texten zu finden, die ins Deutsche übersetzt wurden.
- 31 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.sikkuy.org.il/?lang=en](http://www.sikkuy.org.il/?lang=en).
- 32 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://www.adalah.org/en/>; siehe auch den deutschen Wikipedia-Eintrag unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Adalah\\_\(Organisation\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Adalah_(Organisation)).
- 33 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.dukium.org/](http://www.dukium.org/).
- 34 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.mossawa.org/en/](http://www.mossawa.org/en/).
- 35 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.ha-keshet.org.il/](http://www.ha-keshet.org.il/).
- 36 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.tebeka.org.il/en/](http://www.tebeka.org.il/en/).
- 37 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.kayanwomen.org/under/index.html](http://www.kayanwomen.org/under/index.html).
- 38 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://isha.org.il/english/>.
- 39 Vgl. die hebräische Webseite der Organisation unter: [www.achoti.org.il/](http://www.achoti.org.il/); <https://www.facebook.com/אתחא-יעמד-ותוחא-159340804106689/timeline/>.
- 40 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.ilam-center.org/en/](http://www.ilam-center.org/en/).
- 41 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.taayush.org/](http://www.taayush.org/).
- 42 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.tarabut.info/en/home/](http://www.tarabut.info/en/home/).
- 43 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://zochrot.org/en/>.
- 44 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.breakingthesilence.org.il/](http://www.breakingthesilence.org.il/); siehe auch den deutschen Wikipedia-Eintrag unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Schovrim\\_Schtika](https://de.wikipedia.org/wiki/Schovrim_Schtika).
- 45 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://www.yesh-din.org/en/>; siehe auch den deutschen Wikipedia-Eintrag unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Jesch\\_Din](https://de.wikipedia.org/wiki/Jesch_Din).
- 46 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <http://gisha.org/>.
- 47 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [www.whoprofits.org/](http://www.whoprofits.org/); auf Deutsch siehe zum Beispiel: <http://publicsolidarity.de/tag/who-profits/>.
- 48 Vgl. Sheizaf, Noam: 12 Israeli women defy army orders, take Palestinians to Tel Aviv, in: +972, 7.8.2010, unter: <http://972mag.com/12-israeli-women-publicly-defy-army-orders-take-palestinians-for-a-day-trip-in-tel-aviv/734/>.
- 49 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: <https://womenwagepeace.org.il/category/english/>.
- 50 Vgl. die englische Webseite der Organisation unter: [http://www.sviva.net/Info.php?doctd=new\\_homepage](http://www.sviva.net/Info.php?doctd=new_homepage).
- 51 Vgl. die Webseite unter: <http://hagada.org.il/> (Hebräisch).
- 52 Vgl. die Webseite unter: <https://enghaokets.wordpress.com/>.
- 53 Vgl. die Webseite unter: <http://mekomit.co.il/> (Hebräisch).
- 54 Vgl. die Webseite unter: [www.972mag.com/](http://www.972mag.com/).
- 55 Vgl. die Webseite unter: <http://tv.social.org.il/en/>.
- 56 Vgl. die Webseite unter: [www.ha-makom.co.il/english](http://www.ha-makom.co.il/english).
- 57 Vgl. die Webseite unter: [www.activestills.org/](http://www.activestills.org/).
- 58 Vgl. die hebräische Facebook-Seite der Organisation unter: [www.facebook.com/מרכז-מדינת-ישראל-485312398245672/timeline/](https://www.facebook.com/מרכז-מדינת-ישראל-485312398245672/timeline/).
- 59 Der Name nimmt Bezug auf die soziale Mizrachi-Bewegung der Schwarzen Panther in den 1970er Jahren.
- 60 Vgl. die Webseite unter: <https://hamaabara.wordpress.com/hamaabara-the-transit-camp/>.
- 61 Vgl. die Webseite unter: <http://hamishmar.org.il/sample-page/2176-2/>.

# Glossar

## Arabisch-palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neu gegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser\*innen (ca. 150.000 Menschen, einschließlich der «anwesenden Abwesenden») erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark eingeschränkt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,8 Millionen Menschen angehören und die damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

## Aschkenasim – (weiblich: Aschkenasijot)

oder aschkenasische Juden und Jüdinnen, im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende Juden und Jüdinnen.

## Begin, Menachem – (1913–1992)

wurde in Brest-Litowsk (heute Weißrussland) geboren, studierte in Warschau, wo er sich 1929 Zeev Jabotinskys Betar-Bewegung anschloss, in der er bald eine Führungsrolle übernahm. Er flüchtete vor der einmarschierenden deutschen Wehrmacht nach Litauen, das sich unter sowjetischer Herrschaft befand. Dort wurde er als angeblicher Agent des britischen Imperialismus verhaftet, verurteilt und in einem Gulag eingekerkert. Nach seiner Freilassung (1941) trat er in der Sowjetunion der polnischen Armee bei und kam mit seiner Kompanie über Iran nach Palästina. Dort schloss er sich 1942 der revisionistischen paramilitärischen Organisation Etzel/Irgun (entstanden 1931 als Abspaltung von der Mapai-geführten Hagana) an, deren Führung er 1943 übernahm. Unter den von Etzel verübten Anschlägen gegen die britische Mandatsregierung und die palästinensische Zivilbevölkerung ist der Bombenanschlag auf das King David Hotel in Jerusalem (22. Juli 1946) der bekannteste sowie das zusammen mit Lechi (die sogenannte Stern-Gruppe) verübte Massaker von Deir Yasin (16. April 1948). Nach der Staatsgründung wurde Etzel zum Teil gewaltsam (Altalena-Vorfall) aufgelöst und in die israelische Armee integriert. Begin gründete 1948 die Cherut-Partei, als deren Chef er seit 1949 Knesset-Abgeordneter war. Er lehnte das (Luxemburger) Wiedergutmachungsabkommen zwischen Israel und der BRD (1952) entschieden ab und war wohl an der

Verschickung von Paketbomben an Mitglieder des deutschen Verhandlungsteams und Kanzler Konrad Adenauer beteiligt. Mit Ausnahme der Großen Koalition, die mit Ausbruch des Krieges von 1967 gebildet wurde, blieb die von Begin geführte Cherut-Partei in der Opposition, bis es der von ihm geführten Wahlliste Likud vor allem durch die Stimmen der systematisch benachteiligten Mizrachim/Mizrachijot gelang, die Wahlen 1977 zu gewinnen und damit die Vorherrschaft der Arbeitspartei/Mapai zu beenden. Seine Amtszeit als Premierminister (1977–1983) war vor allem mit einer Verbesserung der (wirtschaftlichen) Situation der Mizrachim/Mizrachijot verbunden sowie mit dem Friedensabkommen mit Ägypten (1979), dem israelischen Luftangriff auf den irakischen Atomreaktor (1981) und dem ersten Libanonkrieg (1982). Angesichts des breiten anhaltenden Protests in Israel gegen den Krieg, insbesondere infolge des Massakers in Sabra und Schatila, legte Begin 1983 seine Ämter nieder und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück.

## Ben-Gurion, David (1886–1973)

Der in Polen geborene Ben-Gurion gilt gemeinhin als der Gründungsvater Israels. Er war Mitglied der zionistischen Bewegung und einer der Gründer und Vorsitzender der Histadrut (1920–1935) und der Mapai/Arbeiterpartei (gegründet 1930). 1935 wurde er Vorsitzender der Jewish Agency sowie in 1946 Geschäftsleiter der Zionistischen Weltorganisation und somit de facto Oberhaupt des Jischuw (die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der israelischen Staatsgründung). Er rief im Mai 1948 den Staat Israel aus und wurde dessen erster Premierminister. Mit einer Unterbrechung (1954–1956) blieb er bis 1963 im Amt.

## Camp-David-Gipfeltreffen

Das Treffen zwischen dem israelischen Premierminister Ehud Barak und dem PLO-Chef Jassir Arafat fand im Juli 2000 in Camp David, dem Sommersitz des US-amerikanischen Präsidenten, auf Einladung von Präsident Bill Clinton statt, um die Verhandlungen über ein endgültiges israelisch-palästinensisches Friedensabkommen abzuschließen. Die Verhandlungen scheiterten an großen Differenzen, insbesondere in Bezug auf die Zukunft der israelischen Siedlungen in der Westbank und von Ost-Jerusalem sowie hinsichtlich der Frage der Flüchtlinge infolge des Krieges von 1948. Es wurde ein Folgetreffen vereinbart, das in Taba (Ägypten) im Januar 2001 stattfand und ebenfalls scheiterte, womit der Oslo-Prozess zum Erliegen kam.

## Chadasch/Al-Dschabha

Die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch ist das Akronym des hebräischen Namens; außerdem das hebräische Wort für neu; al-Dschabha bedeutet auf Arabisch die Front) wurde 1977 von der Kommunistischen Partei Israels (KPI), die in ihr nach wie vor eine zentrale Rolle spielt, als Bündnis linksgerichteter Kräfte gegründet. Als solche beteiligt sie sich an Wahlen. Ihr Slogan ist «Frieden und Gleichheit». Sie steht für einen Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten und für eine Zweistaatenlösung, für die Gleichstellung der Palästinenser\*innen in Israel und deren Anerkennung als nationale Minderheit sowie für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Chadasch/al-Dschabha wird mehrheitlich von palästinensischen Israelis gewählt, doch sie legt großen Wert darauf, ein jüdisch-palästinensisches Bündnis zu sein. Sie ist die politische Heimat von Tausenden jüdischen Wähler\*innen, vor allem radikalen, anti- und nichtzionistischen Linken. Sie war in der Regel mit drei bis fünf Sitzen (von insgesamt 120) in der Knesset vertreten und schloss sich zur Wahl 2015 mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen.

## Gazastreifen

Mit rund 360 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von fast 1,9 Millionen Palästinenser\*innen ist der Gazastreifen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Er befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an Ägypten und im Norden sowie Osten an Israel. Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästinas, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel den Gazastreifen erneut. Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der bis zu deren Aufgabe in 2005 bestehenden israelischen Siedlungen und Armeelager) im Mai 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde übergeben. Doch Israel kontrolliert bis heute den Luftraum und die Küstengewässer sowie die Grenzübergänge zu Israel. Nach der Regierungsübernahme durch die Hamas 2007 verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) eine Reihe von auferlegten Sanktionen und begann eine bis heute andauernde Abriegelung des Gazastreifens, die den Zu- und Ausgang von Waren und Personen stark beschränkt und zu großer Not unter der Bevölkerung führte. Seit der vollständigen Abriegelung kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der israelischen

Armee und Bewohner\*innen des Gazastreifen mit Tausenden von Toten, zum großen Teil palästinensische Zivilist\*innen, und enormen Zerstörungen im Gazastreifen.

## „Groß-Israel“

Der Begriff wird unterschiedlich verwendet, im politischen Diskurs meist wie folgt: Als das Mandat für Palästina dem Britischen Imperium übertragen wurde, umfasste das Gebiet auch das heutige Jordanien (das die britische Regierung 1923 abtrennte). Seit den 1920er Jahren wurde von der revisionistischen Bewegung innerhalb der zionistischen Bewegung Anspruch auf das gesamte ursprüngliche Mandatsgebiet („Groß-Israel“) erhoben. Seit dem Krieg von 1967 und der darauffolgenden Besetzung werden mit „Groß-Israel“ i. d. R. Israel und die besetzten Gebiete bezeichnet. Allerdings findet die Bezeichnung in ihrem weiter reichenden Sinne, der das Gebiet Jordaniens miteinschließt, auch heute noch Verwendung, wenn Israels Bereitschaft zur Teilung unterstrichen werden soll, die in der Überlassung Jordaniens an die Palästinenser\*innen zum Ausdruck komme. In diesem Kontext dient die Bezeichnung als Rechtfertigung für die fortschreitende Besiedlung und künftige Annexion der besetzten Palästinensergebiete.

## Gusch Emunim

(hebräisch für: Der Block der Gläubigen) 1974 gegründet, verstand sich als religiös-zionistische Erneuerungsbewegung, die die Gründung Israels als Teil eines messianischen Erlösungsprozesses sah, zu dem auch die Inbesitznahme von ganz Eretz Israel gehörte. Die vielleicht einflussreichste außerparlamentarische Bewegung seit Gründung des Staates forderte und förderte die Errichtung jüdischer Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten. Aus seinen Reihen ging eine Terrorgruppe („Jüdischer Untergrund“) hervor, deren Aktivitäten (1979–1984) primär aus Versuchen, den Felsendom zu sprengen, und aus Terrorangriffen auf Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten bestanden. Gusch Emunim löste sich Ende der 1980er auf, als sich prominente Mitglieder zunehmend in etablierten rechten Parteien und staatlichen Institutionen sowie in den Jescha-Rat integrierten. Die 1976 errichtete Unterabteilung Amana (deutsch: Pakt), die sich um den praktischen Teil des Siedlungsbaus kümmert, verselbstständigte sich und fördert heute Bauprojekte in den besetzten Gebieten und in Israel selbst (in Gebieten mit mehrheitlich palästinensischer Bevölkerung).

## Hamas

Hamas ist ein Akronym des arabischen Namens der palästinensischen islamischen Widerstandsbewegung, die, inspiriert von den ägyptischen Muslimbrüdern, 1987 gegründet und aufgrund ihrer Opposition

zur PLO zunächst von israelischer staatlicher Seite gefördert wurde. Die einst quietistische Hamas, die sich vor allem der Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft widmete, verwandelte sich zunehmend in einen Gegenspieler Israels und der PLO, unter anderem dadurch, dass sie sich dafür aussprach, die besetzten Palästinensergebiete, falls erforderlich, auch mit Gewalt zu befreien. Die Hamas erkennt den Staat Israel nicht an, ist aber zu einem Waffenstillstand bereit, falls sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. 2006 beteiligte sich die Hamas an den Wahlen der palästinensischen Autonomiebehörde und gewann mit 44 Prozent der Stimmen die Mehrheit der Sitze, was ihr die Regierungsbildung erlaubte. Aufgrund des von den USA und der EU ausgeübten Drucks ging die Hamas eine Große Koalition mit der Fatah ein. Diese Regierung wurde aber von den USA und von der EU finanziell nicht unterstützt, was zusammen mit Spannungen hinsichtlich der Kontrolle der Sicherheitsbehörden zu offenen Kampfhandlungen zwischen den Koalitionspartnern führte. Seitdem sind die Palästinensergebiete zweigeteilt: Die Hamas regiert den Gazastreifen, die Fatah die Enklaven in der Westbank, anstehende Wahlen finden nicht statt. Weder die EU noch die USA unterhalten diplomatischen Kontakt zur Hamas, da sie als Terrororganisation eingestuft wird.

## Intifada (Erste)

Intifada (arabisch für abschütteln) bezeichnet den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und im Gazastreifen gegen die israelische Besetzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Verträge 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinewerfen (daher die Bezeichnung Intifada der Steine), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Bei dem Versuch, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte die israelische Armee Zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser\*innen. Die israelische Seite beklagte zirka 100 tote Zivilist\*innen sowie 60 tote Armeeangehörige.

## Intifada (Zweite)

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und durch die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als bei der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend von den palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von

Selbstmordattentäter\*innen und Waffen geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser\*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde 2005 offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon beendet.

## Islamische Bewegung

Die Islamische Bewegung in Israel, von den ägyptischen Muslimbrüdern beeinflusst, wurde 1971 gegründet und arbeitete zunächst primär im sozialen Bereich. 1989 beteiligte sie sich zum ersten Mal in einigen Orten an den Kommunalwahlen – mit Erfolg (so wurde ihr Kandidat Bürgermeister von Umm al-Fahm). Die interne Debatte über das Oslo-I-Abkommen (1993) spaltete die Bewegung in zwei Fraktionen: den nördlichen Flügel (der das Abkommen ablehnte) und den südlichen Flügel. Während der nördliche Flügel Israels Legitimität nicht anerkennt und folglich zum Boykott der allgemeinen Wahlen in Israel aufruft, steht der südliche Flügel für eine Zweistaatenlösung nach einem Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, für die Anerkennung der Palästinenser\*innen in Israel als nationale Minderheit, für eine sozialdemokratisch geprägte sozioökonomische Ordnung und für eine „islamisch geprägte“, konservative gesellschaftliche Erneuerung. Folglich beteiligt sich der südliche Flügel seit 1996 an den Wahlen und tritt als Teil der Vereinigten Arabischen Liste (Ra'am) an. Im Laufe der Zeit wurde er zur stärksten Kraft in dieser Wahlliste. Zur Wahl 2015 schloss sich Ra'am mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen. 2015 wurde der nördliche Flügel (mit all seinen Unterorganisationen) verboten.

## „Judaisierung“

Im israelisch-hebräischen öffentlichen Diskurs verwendeter Begriff für die gezielte und/oder geförderte Anhebung des jüdischen Bevölkerungsanteils in Teilen des Landes, in denen mehrheitlich oder relativ viele nicht jüdische Menschen leben. So wird zum Beispiel die Gründung von über 20 neuen jüdischen Ortschaften in Galiläa in den Jahren 1979–1980 als ein Projekt der „Judaisierung von Galiläa“ bezeichnet.

## Knesset

Hebräisch für Versammlung. Dem israelischen Parlament in Jerusalem gehören 120 Abgeordnete an, welche nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von 3,25 Prozent gewählt werden, wobei sich sowohl einzelne Parteien als auch Wahllisten zur Wahl stellen können. Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre.

## Krieg von 1948

Die offizielle israelische Bezeichnung für diesen Krieg ist meist Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg; von Palästinenser\*innen wird er als Nakba (arabisch für Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen infolge des UNO-Teilungsplans. Nach der Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und dem Irak. Der Krieg endete 1949 mit einem Waffenstillstand. Die Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen, die im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten auch als Grüne Linie bezeichnet werden.

## Krieg von 1967

Die offizielle israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 andauernden Krieg ist meist Sechstagekrieg; von arabischer Seite wird er mitunter auch als Naksa (arabisch für Rückschlag) bezeichnet. Er fand zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt, wobei Israel die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) eroberte. Nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens 1979 räumte Israel den Sinai. Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

## Krieg von 1973

offizielle israelische Bezeichnung meist: Jom-Kippur-Krieg; auf arabischer Seite meist Oktober-Krieg genannt. Am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, griffen die Armeen einer von Ägypten und Syrien geführten Koalition Israel an und begannen einen Krieg, auf den Israel aufgrund einer Fehleinschätzung nicht vorbereitet war und der in Israel ein nationales Trauma zur Folge hatte.

## Libanonkrieg, erster

Krieg, der auf israelischer Seite zunächst Operation Frieden für Galiläa hieß und auf Arabisch meist al-Idschtijach (die Invasion) genannt wird. Begann mit dem israelischen Einmarsch in den Südlibanon im Juni 1982. Obwohl die israelische Operation offiziell auf 40 Kilometer beschränkt sein und sich gegen die PLO-Kämpfer\*innen richten sollte, die vom Südlibanon aus den Norden Israels angegriffen hatten, war sie viel weitreichender angelegt. Der israelische Einmarsch setzte sich bis Beirut fort. Neben dem Kampf gegen die PLO sollte die syrische Präsenz im Libanon beendet und eine pro-israelische maronitische Regierung im Libanon eingesetzt werden. Nach anhaltender israelischer Belagerung des PLO-Hauptquartiers in West-Beirut wurden die meisten PLO-Einheiten durch internationale Intervention evakuiert und

die PLO verlegte ihr Hauptquartier nach Tunis. Im September 1982 verübten (meist maronitische) Phalange-Milizen das Massaker in Sabra und Schatila, zwei palästinensische Flüchtlingslager bzw. Viertel in Süd-Beirut, die die israelische Armee abgeriegelt hatte. Die darauffolgenden öffentlichen Proteste in Israel, die Ergebnisse der eingesetzten Untersuchungskommission und die Ermordung von Emil Grunzweig auf einer Peace-Now-Demonstration in Jerusalem 1983 führten dazu, dass Premierminister Menachem Begin zurücktrat und Ariel Scharon sein Amt als Verteidigungsminister niederlegen musste. Anfang 1985 begann sich die israelische Armee aus dem Libanon zurückzuziehen, bis auf eine „Sicherheitszone“ im Südlibanon entlang der Grenze, die sie gemeinsam mit der von ihr unterstützten und primär aus Phalange-Milizen gebildeten „Südlbanesischen Armee“ kontrollierte. Die Hizbollah wurde gegründet, um den Kampf gegen die israelische Besatzung im Südlibanon zu führen. Die israelische Armee zog aus der „Sicherheitszone“ (bis auf ein kleines Gebiet, das nach israelischer Sicht nicht libanesisch ist) im Jahr 2000 ab und evakuierte die Führung der „Südlbanesischen Armee“.

## Likud

(Hebräisch für: Vereinigung) entstand 1973 als gemeinsame Wahlliste der von Menachem Begin geführten Cherut-Partei und einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen und Parteien in Reaktion auf die gemeinsame Wahlliste von Arbeitspartei und Mapam. Der Likud gewann die Wahlen 1977, womit die Mapai-Vorherrschaft zu Ende ging. 1988 lösten sich die an der Wahlliste beteiligten Parteien auf und der Likud wurde als Partei neu konstituiert. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Benjamin Netanjahu.

## Mapai

(Akronym des hebräischen Namens: Arbeiterpartei in dem Land Israel [Palästina]) 1930 unter der Führung von David Ben-Gurion gegründete Partei. Sie beherrschte die 1920 entstandene Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut und die jüdische paramilitärische Organisation Hagana (Verteidigung). Nach der Staatsgründung 1948 war sie fast 30 Jahre lang die größte Fraktion in der Knesset, was ihr ermöglichte, die Regierungskoalitionen (die immer auch religiöse Parteien einschlossen) zu bilden und die Regierungspolitik weitgehend zu bestimmen. Mapai wurde 1968 aufgelöst, als die Arbeitspartei (HaAvoda) gegründet wurde. Mapai nahm keine nicht jüdischen arabischen Menschen als Mitglieder auf.

## Militärregierung

Nach der Staatsgründung 1948 erhielt die innerhalb Israels verbliebene palästinensische Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft, wurde aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden «Sperrzonen» errichtet: Ortschaften und Stadtviertel, in denen Palästinenser\*innen wohnten, sowie relativ dünnbesiedelte Gebiete, insbesondere im Negev. Palästinenser\*innen, die außerhalb dieser «Sperrzonen» lebten, wurden in eine solche gebracht. Die «Sperrzonen» unterstanden der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs- bzw. Notstandsverordnungen beruhte, verwaltet. Palästinensische Staatsbürger\*innen durften die ihnen zugeteilte «Sperrzone» nur mit Sondergenehmigung verlassen und auch andere zentrale Grundrechte, etwa das Recht auf richterliche Anhörung und ein Gerichtsverfahren bei Inhaftierung, waren für sie aufgehoben. Die Militärregierung endete formell 1966.

## Mizrachim

Mizrachim (hebräisch für orientalisches) ist die Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden Aschkenasim verwendet.

## Neue Historiker

Eine Gruppe israelischer Historiker\*innen, die seit den späten 1980er Jahren an einer Revision der bisher gültigen israelischen Geschichtsschreibung, vornehmlich in Bezug auf den Krieg von 1948, arbeitet. Ihre Archivrecherchen ergaben u. a., dass viele der zwischen 1947 und 1949 geflüchteten Palästinenser\*innen ihre Dörfer nicht, wie es die bis dahin herrschende Geschichtsschreibung dargestellt hatte, freiwillig verlassen haben, sondern gewaltsam vertrieben worden sind. Zu der Gruppe gehören u. a. Benny Morris, Ilan Pappé, Tom Segev und Avi Shlaim.

## Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: das 1993 in Washington unterzeichnete Oslo I sowie das 1995 in Taba unterzeichnete Oslo II. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der besetzten Palästinensergebiete wurden einer begrenzten Selbstverwaltung, der zu diesem Zweck geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde, unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft

der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

## Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und die umliegenden Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner\*innen erhielten «permanente Aufenthaltsgenehmigungen». Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist, wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jerusalem-Gesetz, wonach Jerusalem «auf ewig die vereinte und unteilbare Hauptstadt Israels» ist. Die UN-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfen die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems: Neben dem Druck durch den israelischen Siedlungsbau und den fehlenden Baugenehmigungen für Palästinenser\*innen, den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der sehr mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung wurde infolge der Abkommen eine starke Beschränkung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Ost-Jerusalem und den übrigen Teilen der Westbank institutionalisiert. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ost-Jerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird.

## Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Die Dachorganisation verschiedener palästinensischer Organisationen (unter denen die 1959 gegründete Fatah – Akronym des arabischen Namens der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung – die größte ist) wurde 1964 in Kairo gegründet und trat für den bewaffneten Kampf gegen Israel ein. 1974 wurde die PLO auf der Konferenz der Arabischen

Liga als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt Beobachterstatus in den Vereinten Nationen. Als Jordanien 1988 weitgehend auf seinen Herrschaftsanspruch auf die Westbank verzichtete, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat, ein zentrales Organ der PLO, die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung, in der der palästinensische Staat ausgerufen und Israel in den Grenzen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten, de facto anerkannt wurde. Mit den Oslo-Abkommen erkannte die PLO Israel dann formell an, und Israel wiederum erkannte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die im Rahmen der Oslo-Abkommen entstandene Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Teil der PLO, jedoch besteht eine Personalunion: Jassir Arafat (1929–2004), der die PLO seit 1969 führte, stand der Autonomiebehörde vor, wie auch sein Nachfolger Mahmoud Abbas (Abu Mazen).

## Palmach

(Akronym des hebräischen Namens für: Sturmtruppen) 1941 als Eliteeinheit der Hagana (hebräisch für: Verteidigung), der paramilitärischen Organisation des zionistischen Gemeinwesens, während des britischen Mandats in Palästina gegründet. Nach der Staatsgründung im Jahr 1948 wurde der Palmach aufgelöst und in die neue israelische Armee integriert, in der viele seiner ehemaligen Mitglieder Führungspositionen übernahmen.

## Peace Now – (Frieden jetzt)

Eine Organisation, die mehr als 300 Reservisten (Offiziere und Soldaten) der israelischen Armee 1978 durch einen öffentlichen Aufruf ins Leben riefen, um die israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen zu unterstützen. Im Laufe der Demonstrationen gegen den ersten Libanonkrieg 1982 und insbesondere gegen das Massaker in Sabra und Schatila wurde die Organisation zu einer breiten Bewegung. Auf einer solchen von Peace Now organisierten Demonstration im Februar 1983 wurde eine Handgranate geworfen, die den bekannten Aktivisten Emil Grunzweig tötete. Nachdem die PLO 1988 Israel in seinen international anerkannten Grenzen de facto anerkannt und sich zu Verhandlungen bereiterklärte hatte, setzte sich Peace Now für israelisch-palästinensische Verhandlungen und eine Zweistaatenlösung ein. Peace Now unterstützte die Oslo-Abkommen (1993 u. 1995) sowie Ariel Scharons Entflechtungsplan für den Gazastreifen (2004). Seit die Organisation nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses erheblich an Unterstützung in der Öffentlichkeit eingebüßt hat, beschäftigt sie sich hauptsächlich mit der Beobachtung und Dokumentation des Baus und Ausbaus israelischer Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten, in denen sie das

größte Hindernis für eine friedliche Lösung des Konflikts sieht

## Ratz

Die Bewegung für Bürgerrechte und Frieden wurde 1973 als Partei von der Menschenrechtsanwältin und -aktivistin Schulamit Aloni (1928–2014) nach ihrem Austritt aus der Arbeitspartei gegründet, die sie auf einen aussichtslosen Listenplatz gesetzt hatte. Die erste von einer Frau gegründete israelische Partei schaffte den Sprung in die Knesset, hielt sich dort aber meist nur knapp; ihr bestes Wahlergebnis waren 1988 fünf Sitze (von 120). 1992 schloss sich Ratz mit anderen Parteien in der Wahlliste Meretz zusammen. Ratz wurde 1997 aufgelöst, als sich Meretz als Partei konstituierte.

## Rückkehrgesetz – (Law of Return)

Israelisches Gesetz, das 1950 verabschiedet wurde. Es gibt Jüdinnen und Juden (und deren Partner\*innen) das Recht, nach Israel einzuwandern und die israelische Staatsbürgerschaft sofort zu erhalten. 1970 wurde dieses Anrecht per Gesetz auf die Kinder und Enkelkinder von Jüdinnen und Juden (sowie deren PartnerInnen) ausgeweitet.

## Schmelztiegel/Melting Pot

Die in ausgesprochenen Einwanderungsländern, insbesondere in den USA, entwickelte Konzeption, wonach die aus unterschiedlichsten Ländern stammenden Migrant\*innen in ihrer neuen Umgebung ein Teil dieser Gesellschaft und ihrer Kultur werden – wobei sich meist (zumindest implizit) vorgestellt wird, dass dies die bereits vorherrschende Gesellschaft und Kultur seien.

## Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 eroberten und daraufhin besetzten Gebieten. 2014 lebten ca. 350.000 Siedler\*innen in 125 von der israelischen Regierung genehmigten Siedlungen und in etwa 100 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen etwa 200.000 Siedler\*innen im besetzten Ost-Jerusalem sowie einige Tausende auf den von Israel annektierten Golanhöhen. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser\*innen.

## Westbank

Die Westbank, auf Deutsch auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser\*innen sowie etwa 550.000 israelische Siedler\*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

## Zionistisches Lager

Name der gemeinsamen Wahlliste der Arbeitspartei und der von Tzipi Livni geführten HaTnu'a, die vor den Knesset-Wahlen 2015 aufgestellt wurde. Die Liste erzielte 24 Sitze (von 120) und wurde zur zweitgrößten Fraktion in der Knesset.

## Zweistaatenlösung

In der Debatte um den israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnet die Zweistaatenlösung die Konzeption, wonach Israel die 1967 besetzten Gebiete räumt und sich in seine international anerkannten Grenzen zurückzieht, während im Gazastreifen und in der Westbank ein palästinensischer Staat entsteht – mit oder ohne etwaigen Gebietsaustausch.